

14/2021 - 02. August 2021

Mittelständische Wirtschaft will Klimakrise marktwirtschaftlich begegnen

MIT Baden-Württemberg: Green Deal darf nicht zu weiterer Überregulierung führen

Heidelberg/Stuttgart. Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT) will mit regelmäßigen Austauschrunden zwischen den verschiedenen Mittelstands- und Unternehmerorganisationen des Landes mit der Politik die Folgen des Coronapandemie besser bewältigen, dem Klimawandel marktwirtschaftlichen begegnen und die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sicherstellen. Dies war das Ergebnis einer Veranstaltung der MIT, zu der Tilo Müller, der Kreisvorsitzende der MIT Heidelberg eine hochkarätig besetzte Expertenrunde zusammengerufen hatte.

Tilo Müller hatte es geschafft, im Hotel Europäischer Hof in Heidelberg den Bund der Selbstständigen, den Verband der Familienunternehmer, die Handwerksorganisationen, die DEHOGA und weitere Verbandsvertreter an einen Tisch zu holen. Für die Politik nahmen Landwirtschaftsminister Peter Hauk, der Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner und der CDU-Bundestagskandidat Alexander Föhr an dem Expertengespräch unter dem Titel „MIT uns in die Zukunft“ teil. Die teilnehmenden Verbände waren sich einig, die Heidelberger Initiative fortsetzen zu wollen und eine „Allianz für den Mittelstand“ zu starten.

„Der menschengemachte Klimawandel ist nicht mehr zu leugnen und er hat erhebliche, negative wirtschaftliche Folgen. Diese werden wir nicht mit Ordnungsrecht bewältigen, sondern nur mit marktwirtschaftlichen Prinzipien“, erklärte Minister Peter Hauk in seinem Impulsreferat. Einseitig auf die CO₂-Bepreisung zu setzen sei falsch, denn auch künftig müsse Individualverkehr weiter möglich sein. Dies habe auch eine sozialpolitische Dimension. „Die Zukunft gehört intelligenten Lösungen, wie beispielsweise sinnvollen Verknüpfungen von Auto und ÖPNV durch entsprechende Umsteigemöglichkeiten“, so Hauk.

Der Landesvorsitzende der MIT, Bastian Atzger plädierte eindringlich dafür, die von der Europäischen Union im Rahmen des Green Deal vorgegebenen Klimaziele nicht dadurch erreichen zu wollen, vor allem den Mittelstand durch weitere Regulierungen weiter zu belasten.

„Kreditvergaben für den Mittelstand künftig mit umweltpolitischen Vorgaben zu verknüpfen hat mit marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nichts mehr zu tun und wird die Klimakrise nicht lösen. Wir werden einen besseren Klimaschutz nur mit Innovationen und Ingenieurskunst erreichen und mit wirtschaftlichen Instrumenten finanzieren können“, erklärte Bastian Atzger.

„Die alleinige Fokussierung auf die CO₂-Reduktion wird der Notwendigkeit einer nachhaltigen sozialen Marktwirtschaft nicht gerecht. Wir brauchen dazu vielmehr unternehmerische Freiheit und Technologieoffenheit in verschiedenen Bereichen“, so Atzger.

Pressekontakt: Jürgen Scheurer | T +49 7254 951225 | M +49 151 12135075 | presse@mit-lvbw.de

Weitere Informationen: <https://www.mit-bw.de>

Über die MIT Baden-Württemberg

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Soziale Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein. Die MIT Baden-Württemberg vertritt rund 2.900 Unternehmer, Selbstständige und Gewerbetreibende im Land.